

Lissabon-Vertrag hin oder her – das militärische Kerneuropa soll kommen!

Der European Council on Foreign Relations fordert ein Militärdirektorium –
auch ohne neuen EU-Vertrag

von Jürgen Wagner

Zusammenfassung:

Aufgrund der irischen Ablehnung des Lissabonner Vertrages ist eines seiner Hauptanliegen akut gefährdet: die Forcierung des EU-Militarisierungsprozesses. Aus diesem Grund werden derzeit Pläne ausgearbeitet, wie Kernbestandteile des Vertrages dennoch umgesetzt werden könnten. Dies betrifft vor allem die so genannte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, die faktisch die Bildung eines Kerneuropa im Militärbereich ermöglichen würde. Damit würden die sicherheitspolitischen Entscheidungsbefugnisse in der Europäischen Union auf wenige einflussreiche EU-Mitgliedsstaaten konzentriert.

Angesichts des drohenden Scheiterns des Lissabonner Vertrages präsentierte der neu gegründete European Council on Foreign Relations nun einen Vorschlag, wie ein solches EU-Militärdirektorium auch ohne neuen EU-Vertrag umgesetzt werden könnte. Da hiermit eine weitere erhebliche Machtverschiebung zugunsten der EU-Großmächte einhergehen würde, setzt sich diese Studie kritisch mit dem gesamten Kerneuropakonzept und vor allem mit den jüngsten Überlegungen zu dessen „Rettung“ auseinander.

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	2
ECFR: EUropas Militärelite formiert sich	2
Die Anfänge des Kerneuropa-Prinzips	3
Erste Umsetzungen im Wirtschaftsbereich	4
Kerneuropa im Vertrag von Lissabon	4
Das Ziel: Ein „Direktorium“ für die EU-Außenpolitik	5
ECFR-Plädoyer für ein EU-Militärdirektorium – auch ohne Vertrag von Lissabon	5
Irland, Österreich, etc. – die Marginalisierung ablehnen!	6
Anmerkungen	6

Einleitung

Das NEIN der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Lissabon beim Referendum am 12. Juni hat den EU-Militaristen einen schweren Schlag versetzt. Ziel des Vertrages war es schließlich explizit zur Stärkung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (ESVP) beizutragen und damit die Militarisierung der Europäischen Union massiv voranzutreiben – nun fehlt zahlreichen der geplanten Militarisierungsinitiativen schlicht die Rechtsgrundlage. Weder kann nach gegenwärtigem Stand erstmals ein EU-Rüstungshaushalt aufgestellt werden noch ist es (vorläufig) möglich, EU-Militär innerhalb der Union einzusetzen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ein besonderes Ärgernis stellt für die EU-Eliten die Tatsache dar, dass ohne den Vertrag von Lissabon die – in ihrer Tragweite häufig unterschätzte – „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ wieder in der Versenkung zu verschwinden droht. Denn mit diesem Mechanismus würde erstmals die Bildung eines Kerneuropas im Militärbereich möglich – die kleinen und mittleren EU-Länder könnten dadurch von wesentlichen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden. Deshalb setzt man derzeit alles daran, den Vertrag doch noch verabschiedet zu bekommen, indem die Iren massiv unter Druck gesetzt werden.¹ Da aber ein endgültiges Scheitern des Vertrages durchaus im Bereich des Möglichen liegt, werden gegenwärtig auch fieberhaft Alternativen ausgearbeitet.

In diesem Zusammenhang sicherte sich der neu gegründete European Council on Foreign Relations (ECFR) die Dienste eines echten Hochkaräters. Er verpflichtete als leitenden Wissenschaftler für Politikberatung den Briten Nick Witney, bis 2007 noch Chef der Europäischen Verteidigungsagentur. Dieser legte Ende Juli 2008 einen 52seitigen Forderungskatalog zur „Revitalisierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ vor, der aus zwei Gründen von großer Relevanz ist: Einerseits, weil damit der European Council on Foreign Relations seinem erklärten Anspruch gerecht zu werden droht, sich zur zentralen Schaltstelle für die Forcierung der EU-Militarisierung aufzuschwingen. Auf der anderen Seite handelt es sich bei der Studie um die bis dato detailliertesten Überlegungen, wie ein Kernbereich des Lissabonner Vertrages, die besagte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, im Falle seines endgültigen Scheiterns dennoch implementiert werden könnte. Witneys Vorschläge sind von höchster Brisanz, will der Brite doch mit einem dreistufigen Selektionsprozess die militärpolitische Spreu vom Weizen trennen und damit letztlich den Weg zur Bildung eines Militärdirektoriums bestehend aus den mächtigsten EU-Staaten ebnen. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass diese Initiative in den großen Mitgliedsländern wohlwollend aufgegriffen wurde.

Da alle kleinen und mittleren EU-Länder sich damit künftig mit dem Platz am militärpolitischen Katzentisch zufrieden geben müssten, ist die entscheidende Schwachstelle des Witney-Konzepts die Tatsache, dass die hierdurch massiv benachteiligten Länder nach gegebener Rechtslage zuvor ihrer eigenen Marginalisierung auch noch zustimmen müs-

sten. Deshalb ist es notwendig, seine Vorschläge als das zu entlarven, was sie sind: der Versuch einen Kernbereich der EU-Politik in den Händen einiger weniger Staaten zu konzentrieren.

Bevor in dieser Studie nun die Ursprünge des Kerneuropa-Konzepts, dessen Verankerung im Vertrag von Lissabon und die neuen Versuche, das EU-Militärdirektorium durch die Hintertür umzusetzen, näher beschrieben werden, soll zunächst noch auf den European Council on Foreign Relations eingegangen werden, der Witneys Vorschläge publizierte.

ECFR: Europas Militärelite formiert sich

In den letzten Jahren hat sich eine wachsende Anzahl von Think Tanks um die immer aggressiver werdende EU-Militärpolitik „verdient“ gemacht.² Allerdings wird dennoch häufig darüber geklagt, es fehle an einem hinreichend profilierten Sammelbecken, das Elitendiskussionen zusammenführt und die dort vereinbarten Forderungskataloge anschließend effektiv in die Debatte einspeist. Und in der Tat, ein wirkliches Flaggschiff – ähnlich dem US-amerikanischen Council on Foreign Relations mit seinem publizistischen Aushängeschild „Foreign Affairs“ – fehlt bislang.

Genau diese Lücke soll der im Oktober 2007 gegründete privat finanzierte European Council on Foreign Relations (ECFR) schließen. Zahlreiche Beobachter bescheinigen dem ECFR, er habe durchaus das Potenzial, innerhalb kürzester Zeit zum relevantesten EU-Think Tank aufzusteigen. So bescheinigt der Finne Martti Ahtisaari, ECFR-Gründungsmitglied und als UN-Sondergesandter für das Kosovo maßgeblich an der endgültigen Zerschlagung Jugoslawiens beteiligt, dem Think Tank eine glänzende Zukunft: „Der European Council on Foreign Relations ist von zentraler Bedeutung dafür, Kanäle für eine offene Debatte in Europa zu schaffen. Der ECFR setzt sich für die Notwendigkeit ein, dass Europa ein wichtiger, einheitlicher, couragierter, innovativer und kohärenter Akteur wird. Ich erachte den ECFR als entscheidend für die Förderung dieser Vision in einer sich globalisierenden Welt.“³ Ganz ähnlich äußerte sich der deutsche Ex-Außenminister Joschka Fischer: „Das internationale System benötigt im 21. Jahrhundert eine starke und vereinte Europäische Union und das ECFR wird hierfür einen wichtigen Beitrag leisten.“⁴ Betrachtet man die Liste der 50 Gründungsmitglieder, scheinen solche Einschätzungen alles andere als abwegig, umfasst sie doch das Who-is-Who der außenpolitischen EU-Elite (siehe Kasten).

Interessant ist dabei auch – und das könnte die tatsächliche Relevanz des ECFR ausmachen –, dass die Liste der Gründungsmitglieder Vertreter aus den zwei rivalisierenden Lagern vereint. Sie vereint sowohl Transatlantiker, die für eine enge Kooperation mit den USA plädieren als auch Eurochauvinisten, die explizit den US-Vormachtstatus in Frage stellen. Dem ECFR kommt in diesem Kontext die Funktion zu, gegensätzliche Vorstellungen zusammenzuführen, Gegensätze einzuebnen und so zu verhindern, dass die Formierung eines aggressiven EU-Militärblocks von taktisch-strategischen Differenzen innerhalb der Eliten behindert wird. Denn der Aufbau eines EU-Militärapparats zur aggressiven Durchset-

zung eigener Interessen stellt ungeachtet aller Differenzen das einigende Band dar. Kurz: die Aufgabe des ECFR ist es laut Eigenbeschreibung, dafür zu sorgen, dass die Europäische Union „mit einer Stimme spricht“, um die „Weltordnung zu gestalten.“⁵

Die ECFR-Selbstdarstellung, der alle 50 Gründungsmitglieder zugestimmt haben, ist nichts anderes als ein Manifest für eine offensiv ausgerichtete EU-Außen- und Militärpolitik: „Wir rufen die europäischen Regierungen dazu auf, eine kohärentere und entschlossener Außenpolitik zu entwickeln, die sich nach unseren gemeinsamen Werten richtet, unseren gemeinsamen europäischen Interessen verpflichtet ist und von europäischer Macht gestützt wird. [...] Die EU-Außenpolitik sollte von Europas kompletter ökonomischer, politischer, kultureller und – als letztem Mittel – militärischer Macht unterstützt werden.“⁶

In der Selbstdarstellung findet sich sogar der vom ECFR-Geschäftsführer Mark Leonard geprägte Begriff von Europa als „transformativer Macht“. Dies ist eine Anspielung auf die Absicht, ein imperiales Großeuropa zu schaffen, in dem EUropa seine Machtposition für die Durchsetzung neoliberaler Reformen und eine periphere Anbindung der Nachbarchaftsstaaten an das EU-Zentrum nutzt. Laut Leonard, der diesen imperialen Großraum als „Eurosphere“ bezeichnet, sollen insgesamt 80 Staaten in dieses Projekt einbezogen werden.⁷ Dies deckt sich exakt mit den Präferenzen des ECFR-Hauptfinanziers, des Multimilliardärs George Soros bzw. seines Open Society Institutes, das bereits bei den pro-westlichen Umstürzen auf dem Balkan und bei den „bunten“ Revolutionen in Osteuropa eine tragende Rolle gespielt hat.⁸

Vor dem Hintergrund dieser Agenda ist es nicht weiter verwunderlich, dass sämtliche ECFR-Mitglieder für die Fortsetzung - ja Intensivierung - der EU-Militarisierungsagenda plädieren. Aus diesem Grund will man sich von dem drohenden Scheitern des Vertrags von Lissabon auf keinen Fall die Suppe versalzen lassen. Deshalb veröffentlichte der ECFR kurz nach der irischen Ablehnung eine Presseerklärung, in der er unmissverständlich untermauerte, dass trotz allem Kurs gehalten werden müsse: „Die EU kann es sich nicht leisten, zum Symbol für Schwäche und Niedergang zu werden.“⁹

Gesagt, getan. Angesichts einer vom Scheitern des Vertrages möglicherweise ausgelösten „Paralyse“ der EU-Militarisierung geht das ECFR nun in die Offensive und versucht die Pläne für ein militärisches Kerneuropa, das schon seit Langem weit oben auf der Wunschliste der EU-Großmächte steht, zu retten.

Die Anfänge des Kerneuropa-Prinzips

Hintergrund für die Idee eines Kerneuopas war die Sorge der mächtigsten EU-Staaten, angesichts der kontinuierlichen Erweiterung der Europäischen Union um immer mehr kleine und mittelgroße Länder, sukzessive an Macht einzubüßen.¹⁰ Charles Grant vom Centre for European Reform, fasste diese Überlegung folgendermaßen zusammen: „Nun, da die EU größer wird, müssen sich die kleinen Staaten damit abfinden, dass es schwieriger werden wird, die großen Mitglieder davon zu überzeugen, dass sie innerhalb des EU-Rahmens agieren

Gruselkabinett:

Die ECFR-Gründungsmitglieder

Der European Council on Foreign Relations wurde im Oktober 2007 gegründet und unterhält seither Büros in sieben europäischen Großstädten – Berlin, London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau. Die Liste der 50 Gründungsmitglieder umfasst das Who-is-Who der außenpolitischen EU-Eliten, darunter zahlreiche Hardliner. Hier eine Auswahl davon:

Mark Leonard (Großbritannien): Geschäftsführer des European Council on Foreign Relations. Ehemals Berater Tony Blairs und vormals Chef des Foreign Policy Centre. Propagandist eines von ihm als „Eurosphere“ bezeichneten imperialen EU-Großraums.

Robert Cooper (Großbritannien): Generaldirektor für Außenwirtschaftsbeziehungen und politisch-militärische Fragen im Generalsekretariat des Rates der EU. Wichtigster Berater des EU-Außenbeauftragten Javier Solana und führender Kopf einer von ihm selbst als „liberaler Imperialismus“ bezeichneten europäischen Außenpolitik. Hauptautor der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Lionel Jospin (Frankreich): Ehemaliger Premierminister Frankreichs.

Karl-Theodor zu Guttenberg (Deutschland): Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages.

Ruprecht Polenz (Deutschland): Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages.

Joschka Fischer (Deutschland): Wolf im Schafspelz. Ehemaliger grüner Außenminister und treibende Kraft hinter der deutschen Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Mary Kaldor (Großbritannien): Neben Herfried Münkler wichtigste Vertreterin der „Theorie“ der Neuen Kriege, das den EU-Interventionismus pseudoakademisch unterfüttert bzw. legitimiert.

Martti Ahtisaari (Finnland): Ehemaliger UN-Sondergesandter für das Kosovo. Verantwortlich für den Ahtisaari-Plan zur völkerrechtswidrigen Abspaltung des Kosovos von Jugoslawien. Präsident der Crisis Management Initiative.

Wolfgang Ischinger (Deutschland): Führender deutsche Balkan-„Diplomat“. Neuer Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, dem alljährlichen Treffen der westlichen Kriegselite.

George Soros (Ungarn): Selbsternannter Philanthrop. Hauptfinanzier des ECFR. Sein Open Society Institute war maßgeblich in die pro-westlichen Umstürze in Südost- und Osteuropa involviert.

George Robertson (Großbritannien): Ehemaliger NATO-Generalsekretär.

Chris Patten (Großbritannien): Ehemaliger EU-Außenkommissar.

Giuliano Amato (Italien): Italienischer Innenminister.

Dominique Strauss-Kahn (Frankreich): Ehemaliger französischer Finanzminister. Heute Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds.

Pascal Lamy (Frankreich): Ehemaliger EU-Handelskommissar.

Caio Koch-Weser (Deutschland): Früher Vizepräsident und Managing Director der Weltbank, heute Vizepräsident der Deutschen Bank Gruppe und Mitglied im Kuratorium von Bertelsmann.

Renato Ruggiero (Italien): Ehemaliger italienischer Außenminister und früherer Generalsekretär der WTO.

Timothy Garton Ash (United Kingdom): Professor für Europäische Studien an der Universität von Oxford. Wichtiger Europaideologe.

sollen, anstatt in kleinen, informellen Gruppen.“¹¹ Mit anderen Worten, „die Regierungen der großen Staaten [...] sind der Auffassung, dass ihnen eine größere Rolle bei der Steuerung der Union zukommen sollte.“¹²

Es waren vor allem deutsche Politiker und Intellektuelle, die sich besonders dabei hervortaten, die Schaffung eines Kerneuropas voranzutreiben. Konzeptionelle Vordenker waren in diesem Zusammenhang die CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers. Sie plädierten bereits im Jahr 1994 in einem gemeinsamen Papier für die „Herausbildung eines Kerneuropas.“¹³ Einen weiteren wichtigen Impuls in diese Richtung gab Joschka Fischer in seiner Rede an der Humboldt-Universität sechs Jahre später, als er vorschlug, dass „eine kleinere Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde diesen Weg vorausgehen, d.h. ein Gravitationszentrum aus einigen Staaten bilden.“¹⁴ Aber auch in Frankreich hat sich diese Idee mittlerweile durchgesetzt, so sprach Ministerpräsident Jacques Chirac schon im Jahr 2000 von „Pioniergruppen“¹⁵ und auch sein Nachfolger Nicolas Sarkozy vertritt die Idee, einzelne Staaten müssten zum „Motor des neuen Europa“ werden.¹⁶

An Begriffen für die hiermit einhergehende Hierarchisierung EUropas mangelt es nicht, es herrscht diesbezüglich eine geradezu babylonische Sprachvielfalt: „differenzierte Integration“; „flexible Integration“; „asymmetrische Integration“; „engere Kooperation“; „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“; „variable Geometrie“; „à la carte Europa“. Am treffendsten ist wohl aber das Bild vom „Europa der konzentrischen Kreise“, denn im Kern laufen all diese Bezeichnungen auf dasselbe Ergebnis hinaus. Mit dem Argument, man wolle lediglich die „Entscheidungsfähigkeit“ der Union sicherstellen, soll den kleinen und mittelgroßen Mitgliedern dauerhaft der Platz am politischen Katzentisch der Union zugewiesen werden.¹⁷

Erste Umsetzungen im Wirtschaftsbereich

Einen ersten Teilerfolg erlangte das Kerneuropa-Konzept mit dem im Jahr 1997 unterzeichneten Vertrag von Amsterdam, der die so genannte „enge Zusammenarbeit“ einführte. Sie ermöglicht es in Fragen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, „voranzuschreiten“, indem sich einzelne Mitgliedsstaaten zu einer umsetzungswilligen Gruppe formieren, in der das Konsensprinzip nicht gilt. Allerdings wurde damals noch der komplette Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ausgeklammert und es mussten mindestens 50% der Mitgliedsstaaten Interesse an einer solchen Zusammenarbeit bekunden.¹⁸

Mit dem Vertrag von Nizza, den die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 unterzeichneten, wurde das Limit auf acht Staaten herabgesetzt, womit die Bildung einer solchen nun „verstärkte Zusammenarbeit“ genannten Avantgarde-Gruppe erheblich vereinfacht wurde. Denn im EUropa der 27 müssen sich somit weniger als 30% der Mitglieder (statt wie im Amsterdamer-Vertrag noch die Hälfte) für eine solche Zusammenarbeit bereit erklären. Darüber hinaus wurde das Instrument zudem noch für den Bereich der GASP geöffnet, militärrelevante Fragen – also der Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – blieben allerdings wei-

terhin explizit ausgenommen. Hiermit hatten sich die großen Mitglieder dennoch ein mächtiges Instrument verschafft, um bei Bedarf den Widerstand renitentier Staaten aushebeln zu können. „Eine Reihe von Studien haben die abschreckende Natur der verstärkten Zusammenarbeit herausgearbeitet. Die Drohung, sie zu benutzen, diene als Verhandlungsmittel, um die widerspenstigsten Mitgliedsstaaten zum Einlenken zu bewegen.“¹⁹

Kerneuropa im Vertrag von Lissabon

Bereits im Jahr 2003 forderten Jürgen Habermas und andere europäische Intellektuelle in ihrer einflussreichen Initiative zur „Wiedergeburt Europas“, die „verstärkte Zusammenarbeit“ auf militärrelevante Bereiche auszuweiten: „Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ Gebrauch machen, um in einem ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. [...] Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß – wie so oft – die Lokomotive sein.“²⁰

Nahezu parallel flossen diese Überlegungen sowohl in den EU-Verfassungsvertrag als auch in seinen Nachfolger, den Vertrag von Lissabon (auch: EU-Reformvertrag) ein.²¹ Die im Vertrag von Lissabon schließlich anvisierte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) würde erstmals die Bildung von Kerngruppen im Militärbereich erlauben. Darüber hinaus würde hierfür nicht einmal mehr eine Konsensentscheidung benötigt, der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit eine SSZ beschließen. So schreibt der wissenschaftliche Dienst des Bundestages: „Nach dem [Vertrag von Lissabon] ist für die Einrichtung einer SSZ einschließlich der Liste der daran teilnehmenden Mitgliedstaaten ein Beschluss des Rates mit qualifizierter Mehrheit erforderlich. Innerhalb der SSZ gilt [...] das Prinzip der Einstimmigkeit – allerdings sind nur die sich an der SSZ beteiligenden Mitgliedstaaten stimmberechtigt.“²²

Dies ist umso problematischer, da für die SSZ keine Mindestteilnehmerzahl gilt, ja sogar Teilnehmer im Nachhinein wieder hinausgeworfen werden können – wiederum ohne das sämtliche Beteiligten dem zustimmen müssten: „Sofern ein Mitgliedstaat nicht länger die Kriterien oder Verpflichtungen erfüllt, können die an der SSZ beteiligten Mitgliedstaaten diesen mit qualifizierter Mehrheitsentscheidung ausschließen [...]. Über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten entscheiden ebenfalls lediglich die an der SSZ beteiligten Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit.“²³ Berücksichtigt man zudem die Tatsache, dass mit dem Vertrag von Lissabon die Stimmgewichtung im Rat, die ja entscheidend für das Erreichen einer qualifizierten Mehrheit ist, ebenfalls stark zugunsten der Großmächte verschoben würde, gäbe es kaum Möglichkeiten, eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zu verhindern, falls sich einige der großen EU-Staaten diesbezüglich einig sein sollten.

Dies ist für die kleinen und mittleren EU-Länder extrem Besorgnis erregend: zwar wird allenthalben betont, jedes

Unionsmitglied dürfe sich beteiligen, niemand beabsichtige, irgendjemanden damit auszuschließen. Gleichzeitig wurde die Messlatte für die Beteiligung an einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in Form diverser Eintrittskriterien so hoch angelegt wird, dass ein Großteil der kleineren EU-Länder daran scheitern wird, wie aus dem – verbindlichen²⁴ - Protokoll Nr. 10 des Reformvertrags ersichtlich wird:

„An der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit nach Artikel 28a Absatz 6 des Vertrags über die Europäische Union kann jeder Mitgliedstaat teilnehmen, der sich ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon verpflichtet,

a) seine Verteidigungsfähigkeiten durch Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an der Tätigkeit der Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur) intensiver zu entwickeln und

b) spätestens 2010 über die Fähigkeit zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten bereitzustellen.“ (Protokoll Nr. 10, Artikel 1)

Im Klartext sollen laut Vertrag von Lissabon nur die Staaten, die sich an den zentralen Rüstungsprojekten beteiligen und Battlegroups bereitstellen, künftig überhaupt die Chance eingeräumt bekommen, in zentralen sicherheitspolitischen Fragen mitreden zu dürfen. Diese Pläne bleiben schon jetzt nicht ohne Wirkung: Interne EU-Studien belegen, dass die Sorge, ggf. den Zugang zu diversen militärischen Exklusivgruppen verweigert zu bekommen, viele kleinere Länder zur Aufstellung von - kostspieligen - Battlegroups veranlasst hat.²⁵

Das Ziel: Ein „Direktorium“ für die EU-Außenpolitik

Die SSZ soll einerseits die Mitgliedsländer dazu veranlassen, mehr Geld in den Rüstungssektor zu pumpen, andererseits aber gleichzeitig auch exklusiv wirken.²⁶ Dies zeigen bspws. die Vorschläge von Pierre Lellouche, dem außenpolitischen Sprecher der Sarkozy-Partei UMP. Er sprach sich dafür aus, dass die sechs größten Mitgliedsstaaten eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit bilden („Verteidigungs-G6“), wobei er aber als Teilnahmebedingung u.a. Rüstungsausgaben von 2% des BIP und die Aufstellung von Battlegroups im Umfang von 10.000, statt wie bisher von 1.500 Soldaten benennt.²⁷

Sarkozy selbst schlug noch im März 2008 vor, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit dafür zu nutzen, ein „Direktorium“ für den Bereich der Militärpolitik bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen zu bilden.²⁸ Nahezu identische Überlegungen stellte auch die einflussreiche Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Forderung nach einem EU-Sicherheitsrat an: „Mit der Bildung einer Sicherheits- und Verteidigungs-Gruppe unter der Kontrolle des Europäischen Rates sollte ein neuer strategischer Sicherheitsrahmen errichtet werden, um sicherzustellen, dass Führungsfunktionen innerhalb und nicht außerhalb des institutionellen Rahmens der EU wahrgenommen werden. [...]

Eine Möglichkeit wäre, dass sich solch eine Führungsgruppe aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien zusammensetzt.“²⁹

ECFR-Plädoyer für ein EU-Militärdirektorium – auch ohne Vertrag von Lissabon

Nick Witney fasst das Ziel des Lissabonner Vertrages folgendermaßen zusammen: „Es scheint, als ob der Vertrag mit der Idee entworfen wurde, eine Art Verteidigungszone mit einem harten Kern von sechs bis acht Staaten zu schaffen, die in Verteidigungsfragen schneller und weiter als die anderen voranschreiten.“³⁰ Nun, nachdem der Vertrag zu scheitern droht, macht sich Witney auf, das militärische Kerneuropa auf anderem Wege einzuführen.

Denn gleich zu Beginn seiner Studie lässt der Brite keine Zweifel daran aufkommen, dass die machtpolitischen Vorteile der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zu verlockend sind, als dass man sich vom Scheitern des Vertrages in dieser Frage beirren lassen dürfte: „Ein besonderes Element des Lisabonner Vertrages, die Bestimmungen über die ‚Ständige Strukturierte Zusammenarbeit‘ im Verteidigungsbereich, wäre besonders hilfreich. Im Kern geht es dabei darum, einen ‚Pioniergruppenansatz‘ zu implementieren. [...] Sollte sich die Verabschiedung des Vertrages stark verzögern – oder noch schlimmeres passieren –, dann sollte das Model dennoch geschaffen werden, sodass soviel als möglich davon in die ESVP-Arbeit, wie sie gegenwärtig funktioniert, integriert werden kann. Die ESVP benötigt dringend Pioniergruppen und die Grundlage dafür, um dieses Konzept zu implementieren, existiert bereits mit der Europäischen Verteidigungsagentur.“³¹

Selbstredend betont Witney auch, dass Staaten, die seine Kriterien nicht erfüllen können oder wollen, keinerlei Einfluss auf die Ausgestaltung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit erhalten sollen: „Außen stehende dürfen keinen Platz am Tisch beanspruchen, damit sie nicht das ganze Unterfangen auf die Geschwindigkeit des Langsamsten herunterbremsen.“³² Nachdem er dies klargestellt hat, schlägt Witney einen dreistufigen Ausdehnungsprozess vor, mit dem das militärische Kerneuropa Gestalt annehmen und die Spreu vom Weizen getrennt werden soll:

1. Vorsortierung durch Basiskriterien: Rüsten und Krieg führen

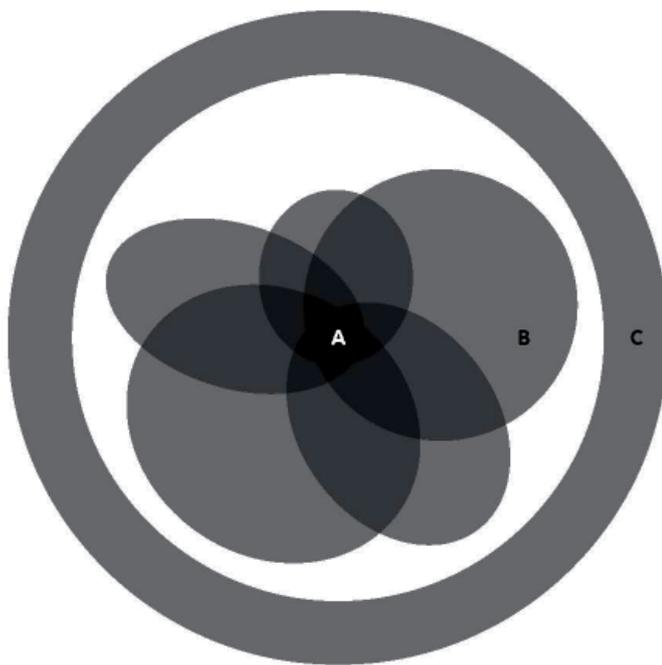
Eine erste Hürde stellt der ehemalige Chef der Verteidigungsagentur auf, indem er einige Minimalanforderungen benennt, ohne deren Erfüllung eine Teilnahme von vorneherein ausgeschlossen ist. Konkret wird die Richtgröße von Rüstungsausgaben in Höhe von mindestens 1% des BIP benannt. Um diese Hürde zu nehmen, soll es ebenfalls notwendig sein, mindestens ein Prozent der Gesamtheit der EU-Soldaten zu stellen.³³

2. Die Spreu vom Weizen trennen: Spezialisierte Pioniergruppen

Nachdem durch die Basiskriterien „vorsortiert“ wurde, soll in einem zweiten Schritt weiter ausgesiebt werden: „Spezielle Pioniergruppen sollten für die wichtigsten Bereiche für die Ankurbelung der Europäischen Verteidigungskapazitäten gegründet werden – militärische Kapazitätenentwicklung,

In summary, the model just described can be represented thus:

A Model for Pioneer Groups in European Defence



- A** The core grouping of Member States: those who contribute most to most
- B** Different sub-groups cooperating on e.g. defence research, or shared capabilities
- C** Member States not yet satisfying the initial entry criteria

Forschung und Entwicklung, Rüstung, etc. Jede dieser Gruppen würde ihre eigenen Qualifikationskriterien entwickeln.³⁴ Auch wenn die konkreten Anforderungen hier völlig im Dunkeln bleiben, so dürfte die Messlatte für die Beteiligung an den spezialisierten Pioniergruppen deutlich höher liegen als die zuvor definierten Basiskriterien.

3. Who pays plays: Im Kern nur die Mächtigen

Der letzte Schritt dient schließlich offenbar dem Zweck, das sich hierdurch herauskristallisierende Kerneuropa möglichst klein zu halten: „Aus den spezialisierten Gruppen könnte eine Kerngruppe gebildet werden, die sich aus den Staaten zusammensetzt, die am meisten zu den meisten Aktivitätsbereichen beitragen.“³⁵ Zwar macht Witney auch hier keine genauen Angaben, wie der finale Selektionsprozess im Detail ablaufen soll. Da aber der „Einfluss proportional zu den Beiträgen jedes Landes“ sein soll³⁶, werden hiermit per Definition lediglich die reichsten und größten EU-Mitgliedsländer in die Lage versetzt, das anvisierte „Militärdirektorat“ zu bilden.

Schon die Basiskriterien schließen eine ganze Reihe von Ländern von vorneherein aus – nach gegenwärtigem Stand Österreich, Irland, Luxemburg, Malta, Bulgarien, Zypern und Griechenland. Welche Länder im zweiten Schritt auf der Strecke bleiben und wer schlussendlich das militärische Kerneuropa bilden wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht sicher sagen. Einen Blick in die Kristallkugel, wie sich Witney das Ganze schlussendlich vorstellt, versteckt er in seiner Studie aber dennoch in einer Fußnote. Dort befürwortet er die Überlegungen Lellouches für ein Sechserdirektorat, gibt aber

zu bedenken, dass Schweden noch dazugehören sollte.³⁷

Es verwundert nicht weiter, dass von Medien und Politik der großen Mitgliedsstaaten Witneys Vorschläge wohlwollend aufgenommen wurden. Exemplarisch erklärte Ex-Außenminister Joschka Fischer kurz nach Veröffentlichung der Studie: „Wir müssen die Realität eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten bei der Verteidigung anerkennen.“³⁸ Ob allerdings die Begeisterung für Witneys Pläne in den Hauptstädten der kleinen und mittleren EU-Länder ähnlich groß ist, darf bezweifelt werden.

Irland, Österreich, etc. – die Marginalisierung ablehnen!

Einen besonderen Leckerbissen hält Witney für alle Länder bereit, die an der einen oder anderen seiner Hürden ausgesondert werden. Denn der EU-Strategie schlägt vor, das „costs lie where they fall“-Prinzip abzuschaffen.³⁹ Es besagt, dass die Länder, die sich an bestimmten Maßnahmen beteiligen, auch die jeweiligen Kosten übernehmen müssen. Stattdessen will Witney, dass solche Kosten künftig auf alle Länder – auch auf die, die nicht mitmachen wollen, dürfen oder können – verteilt werden. Dadurch könnte die paradoxe Situation entstehen, dass Länder zwar in bestimmten ESVP-Bereichen keinerlei Mitspracherechte eingeräumt bekommen, aber dennoch für die entstehenden Kosten mit aufkommen sollen.

Einen Schönheitsfehler hat Witneys Konzept jedoch. Ohne neuen EU-Vertrag kann es nur umgesetzt werden, wenn ihm zuvor *sämtliche* Mitgliedsstaaten zustimmen (mit verabschiedeten Vertrag von Lissabon wäre nur eine qualifizierte Mehrheit erforderlich). Die kleinen und mittleren EU-Länder müssten also in ihre Marginalisierung formal einwilligen. Da beispielsweise Irland seinen Rüstungshaushalt nahezu verdoppeln müsste, um allein die Basiskriterien zu erfüllen (Österreich müsste immerhin noch 20% draufsatteln), ist es schwer vorstellbar, dass Witneys Vorschläge dort auf allzu große Gegenliebe stoßen werden.

Aus diesem Grund richtet Witney auch vorsorglich unverhohlene Drohungen an die Adresse möglicher Querulanten: „Die Implementierung dieser Schritte würde die Unterstützung oder Billigung sämtlicher Mitgliedsstaaten erfordern, einschließlich derjenigen, die zu wenig beitragen – aber unter den gegenwärtigen Umständen wäre es außerordentlich unerhört, eine solche Entwicklung mit einem Veto zu blockieren.“⁴⁰ Dennoch steht zu hoffen, dass sich die kleinen und mittleren EU-Länder von solchen Drohungen nicht einschüchtern lassen und dem militärischen Kerneuropa eine Absage erteilen.

Anmerkungen

¹ Vgl. Pflüger, Tobias: Die Agenda der Französischen EU-Ratspräsidentschaft: Lissabon-Vertrag durchpeitschen, Militarismus ausbauen, neoliberale Offensive starten, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (August 2008).

² Wichtige EU-Think Tanks sind u.a. das Centre for European Reform, die Security & Defence Agenda (SDA) und vor allem das von der Bertelsmann-Stiftung finanzierte Centrum für angewandte Politikforschung.

³ ECFR: Council, URL: <http://ecfr.bluestatedigital.com/content/entry/12> (eingesehen 12.08.2008).

- ⁴ Ebd.
- ⁵ ECFR: Statement of Principles, Absatz 1, URL: <http://www.ecfr.eu/page/s/principlesen> (eingesehen 12.08.2008).
- ⁶ Ebd. Absatz 3.
- ⁷ Ebd. Absatz 5.
- ⁸ Vgl. Engdahl, William: Color Revolutions, Geopolitics and the Baku Pipeline, Globalresearch.ca, 25.06.2005.
- ⁹ The EU cannot afford to become a symbol of weakness or decline, ECFR-Statement, 25.06.2008, URL: http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary_ecfr_statement_on_future_of_the_eu/ (eingesehen 25.08.2008).
- ¹⁰ So etwa die nüchterne Einschätzung der ECFR-Chefin für Deutschland: Vgl. Guérot, Ulrike: State building and the EU's supra-national momentum, European Council on Foreign Relations, 02.02.2008.
- ¹¹ Grant, Charles: Europe's blurred boundaries. Rethinking enlargement and neighbourhood policy, Centre for European Reform, October 2006, S. 17.
- ¹² Miles, Lee: Moving Towards a „Hubs and Spokes Europe“? in: Journal of Common Market Studies, Vol. 41 (2003), S. 1-11, S. 5.
- ¹³ Schäuble, Wolfgang/Lamers, Karl: Überlegungen zur europäischen Politik, 01.09.1994, URL: <http://www.wolfgang-schaeuble.de/positions-papier/schaeublelamers94.pdf> (eingesehen 17.03.2008), S. 10. Es ließe sich natürlich auch argumentieren, dass die Anfänge der Kerneuropa-Diskussion bis in die 1970er zurückreichen. Vgl. Tekin, Funda/Wessels, Wolfgang: Flexibility within the Lisbon Treaty: Trademark or Empty Promise? in: EIPASCOPE 2008/1, S. 13-18. Allerdings waren die Ausführungen von Schäuble und Lamers der entscheidende Anstoß für die neuere Debatte.
- ¹⁴ Fischer, Joschka: Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration, Vortrag an der Humboldt-Universität, 12.03.2000.
- ¹⁵ A multi-speed Europe, Tomorrow Europe Nr. 21, Februar 2004, URL: <http://www.ciginfo.net/demain/files/tomorrow21en.pdf> (eingesehen 18.03.2008), S. 4.
- ¹⁶ Veit, Winfried: Avantgarde und Europäische Nachbarschaftspolitik, Friedrich-Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse Europäische Politik, Oktober 2006.
- ¹⁷ Vgl. Wagner: Brüssel das neue Rom? Studien zur Militarisation EUropas 36/2008. Beispiele hierfür sind der Schengen-Raum oder die Eurozone, an denen sich jeweils nicht alle Mitgliedsstaaten beteiligen.
- ¹⁸ Ellison, David L.: Divide and Conquer: The EU Enlargement's Successful Conclusion? Institute for World Economics, Working Papers No. 161, July 2005, S. 33.
- ¹⁹ A multi-speed Europe 2004, S. 1.
- ²⁰ Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques, „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003.
- ²¹ Die letzte Entscheidung, die Option zur Bildung militärischer Kerngruppen in den EU-Verfassungsvertrag auszunehmen, wurde bezeichnenderweise auf einem deutsch-französisch-britischen Treffen erzielt.
- Vgl. Zehetner, Thomas: Flexibility for CFSP/ESDP: Squaring the Circles of Unity and Diversity, UACES 2006, S. 17.
- ²² Schneider, Jörg: Die Neufassung der Art. 28a und 28e EUV durch den Vertrag von Lissabon und ihre Auswirkung auf den deutschen Verteidigungshaushalt, Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, WD 11 - 333/07, S. 4. Im konsolidierten (also um den Reformvertrag ergänzten) EU-Vertrag heißt es im Wortlaut in Artikel 46, Absatz 6: „Für die Zwecke dieses Absatzes bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten.“
- ²³ Ebd., S. 4.
- ²⁴ Über die Verbindlichkeit des Protokolls lässt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages keine Zweifel aufkommen: „Die verbindliche Formulierung sowohl des Protokolls als auch der entsprechenden Artikel zeigten, dass es sich hierbei nicht bloß um politische Willenserklärungen handelte.“ Vgl. ebd., S. 5.
- ²⁵ Workshop Summary: The Impact of the Lisbon Treaty on ESDP, 11.02.2008, EXPO/B/SEDE/2008/18, S. 10.
- ²⁶ Dies war von Anfang an Sinn und Zweck der Übung: „Kerneuropa hatte und hat eine doppelte Funktion: nicht allein ein Momentum für den Integrationsprozess zu erzeugen, sondern auch mit dem Ausschluss zu drohen.“ Vgl. Zehentner 2006, S. 8.
- ²⁷ Dagand, Sophie: The impact of the Lisbon Treaty on CFSP and ESDP, in: European Security Review, Nr. 37, März 2008, S. 5-9, S. 8.
- ²⁸ Howorth, Jolyon: The Future of European Security, EXPO/B/SEDE/2008/16, March 2008.
- ²⁹ The Venusberg Group: Beyond 2010 - European Grand Strategy in a Global Age, Gütersloh, July 2007, S. 41. An anderer Stelle wurden ähnliche Vorschläge unter der bezeichnenden Überschrift eines „Europäischen Commonwealth“ formuliert. Vgl. Palmer, John: Toward a European Commonwealth, International Herald Tribune, 23.06.2006.
- ³⁰ Hale, Julian: France May Push New Ideas for EU Defense: Military HQ, Structured Cooperation Examined, ECFR, 28.04.08, URL: http://www.ecfr.eu/content/entry/witney_in_defense_news_on_esdp/ (eingesehen 12.08.2008).
- ³¹ Witney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, July 2008, S. 2; 25.
- ³² Ebd., S. 3.
- ³³ Ebd., S. 4.
- ³⁴ Ebd.
- ³⁵ Ebd.
- ³⁶ Ebd., S. 3.
- ³⁷ Ebd., S. 15, FN2.
- ³⁸ Joschka Fischer fordert europäische Verteidigungs-Avantgarde, afp, 29.07.2008.
- ³⁹ Witney 2008, S. 8.
- ⁴⁰ Ebd., S. 5.

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisation e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

